

Migranten genießen höchste Priorität

Stadt will Sprach- und Integrationsförderkonzept fortschreiben / Modellprojekt geplant

HAMM ■ Der Rat soll in seiner Sitzung am 25. März die Fortschreibung des „Sprach- und Integrationsförderkonzeptes der Stadt Hamm“ beschließen. Da aufgrund der demografischen Entwicklung (siehe Infokasten) der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte inzwischen in immer mehr Stadtteilen und Quartieren den Anteil derer ohne Migrationshintergrund übersteigt, will die Stadt künftig statt von Integration im Sinne einer Eingliederung von Minderheiten in eine Mehrheitsgesellschaft verstärkt von der gleichberechtigten Sicherung der Teilhabe und Anerkennung aller Bevölkerungsgruppen,

Die Zukunft ist zugewandert

29,2 Prozent der Hammer haben einen Migrationshintergrund. Das sind mehr als 52 000 Menschen. Die meisten von ihnen wohnen in den Sozialräumen Hamm-Norden (45,3 Prozent), Hamm-Westen (40,8), Herringen (36,6) und Heesen (35,7). Wie wichtig das Thema Integration für die Stadt ist, verdeutlicht die Stadtverwaltung im folgenden Satz ihrer Beschlussvorlage: „Im Altersbereich der gesamten jungen Generation, das heißt der Personen von deren Fähigkei-

ten und wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Erfolgen die Zukunft unserer Stadt abhängt (0 bis 34 Jahre) liegt schon heute in vier der insgesamt neun Sozialräumen der Anteil der Menschen mit Zuwanderergeschichte knapp unter oder über 50 Prozent.“ Stadtweit sind es 40,1 Prozent. Und in der Gruppe der 0- bis 9-Jährigen liegt dieser Anteil stadtweit, wie bereits kurz berichtet, bei 48,2 Prozent, im Hammer Westen und Norden über 60 Prozent. ■ **asc**

Ethnien, Kulturen, Traditionen und Religionen in die Stadtgesellschaft sprechen.

Als notwendige Maßnahmen und Arbeitsschwerpunkte nennt die Verwaltung

in der Beschlussvorlage insbesondere den Ausbau der Willkommens- und Anerkennungskultur, die nachhaltige und dezentrale Förderung von Sprache und Bildung, das Begreifen von Zuwanderung als Chance, Herausforderung und Querschnittsaufgabe sowie die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus. Der weitere Ausbau der Willkommenskultur und des interkulturellen beziehungsweise interreligiösen Dialogs müsse höchste Priorität genießen. Unter anderem ist ein Modellprojekt zur aufsuchenden Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien aus Südosteuropa geplant. ■ **asc**